

14 Landwirtschaft nachhaltig weiterentwickeln – aktiv für Nordrhein-Westfalen an Europäischer Agrarpolitik mitwirken

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/852

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Drucksache 15/2392

Ich möchte folgenden Hinweis geben: Der Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/852 wurde gemäß § 79 Abs. 2 Ziffer b der Geschäftsordnung vom Plenum an den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz überwiesen mit der Maßgabe, dass eine Beratung und Abstimmung erst nach Vorlage einer Beschlussempfehlung erfolgt. Die Beschlussempfehlung und der Bericht des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz liegen nunmehr als Drucksache 15/2392 vor.

Ich eröffne die Beratung. – Für die antragstellende Fraktion der CDU spricht Frau Vosseler.

Margret Vosseler (CDU): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Landwirtschaft hat in den letzten Jahren in erheblichem Umfang Reformen umgesetzt. Deutschland ist den Weg beim Umbau der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik besonders konsequent gegangen, insbesondere mit der Entkoppelung der Direktzahlungen.

Die nächste Etappe der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik steht jetzt an. Die Diskussionen laufen schon einige Zeit. EU-Agrarkommissar Ciolos hat im November 2010 erste Eckpunkte für die gemeinsame europäische Agrarpolitik nach 2013 vorgelegt.

Mit unserem Antrag machen wir als CDU-Landtagsfraktion deutlich, dass sich das Zwei-Säulen-Modell bewährt hat. Die Begründung ist unserer Auffassung nach Aufgabe der zweiten Säule. Ein Greening in der ersten Säule lehnen wir ab.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Denn die erste Säule hat eine andere Aufgabe. Sie hat die jetzt schon erhöhten Produktionsstandards und Produktionskosten in Europa im Vergleich zu anderen Erzeugerregionen der Welt, also den ökonomischen Produktionsnachteil, auszugleichen. Agrarumweltmaßnahmen oder neudeutsch Greening gehören in die zweite Säule.

Wir wollen außerdem, dass die EU-Agrarpolitik bis 2020 wieder einheitlicher wird, denn die EU-Agrarpolitik hat sich seit der letzten Agrarreform im

Jahre 2005 zwischen den Staaten zu weit auseinanderentwickelt. Dazu gehört, dass die hohen Tierschutz-, Umwelt- und Naturschutzstandards sowie die Entkoppelung der Direktzahlungen in allen EU-Ländern durchgesetzt werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, für die CDU-Fraktion ist von Bedeutung, die Leistungen der Landwirtschaft für die Allgemeinheit deutlich zu benennen.

(Beifall von der CDU)

Dazu gehört die Erhaltung unserer Kulturlandschaften. Sie sind das Werk von Generationen von Menschen vor Ort und lokal verwurzelter Landwirtschaft. Unsere Landschaften sind weder austauschbare Nutzflächen der Lebensmittelproduktion oder Rohstoffherstellung noch unantastbare Biotope. Sie sind der Lebens-, Kultur- und Wirtschaftsraum, der die Zukunft des Standortes Deutschland bestimmt.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Daher führen weitere Ansprüche an den Schutz der Umwelt im jetzigen System letztendlich nur zu Kürzungen und Schwächen des Produktionsstandortes, ohne dass die Umwelt Vorteile davon hat.

Im Jahr 2013 wird jeder Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche im Rheinland mit rund 350 € gefördert, unabhängig davon, ob es sich um Grünflächen oder Ackerland handelt. Cross-Compliance-Kontrollen stellen schon heute sicher, dass dabei die Umweltvorschriften eingehalten werden.

Wir sind der Auffassung, die Greening-Maßnahmen müssen so gestaltet werden, dass sie einen tatsächlichen Nutzen für die Umwelt bringen und zudem unbürokratisch sind. Die Landwirte müssen die Möglichkeit haben, unter verschiedenen Maßnahmen diejenigen auszusuchen, die am besten zu ihrem Standort und vor allen Dingen zu ihrem Betrieb passen.

Speziellen Erfordernissen der Umweltpolitik, wie dem Artenschutz, ist daher regional gerecht zu werden; die Maßnahmen müssen entsprechend aus den Mitteln für die zweite Säule der Agrarpolitik finanziert werden. Wenn etwa am Niederrhein die Uferschnepfe geschützt werden soll, ist es wenig sinnvoll, um Köln herum Flächen extensiv zu nutzen oder stillzulegen.

Wir kennen viele Beispiele, wie wir die Probleme intelligent angehen können. So hat die von Minister Uhlenberg initiierte Einrichtung der Lerchenfenster dafür gesorgt, dass der Lebensraum der Feldlerche aufgewertet wurde. Auch die mehr als 3.200 Anträge für die Anlage von Blühstreifen und den Anbau von Zwischenfrüchten auf einer Fläche von 33.000 ha sind Beispiele dafür, dass landwirtschaftliche Produktion und Naturschutz schon heute miteinander in Einklang stehen.

(Beifall von der CDU)

Bei allen grünen Herausforderungen darf das eigentliche Ziel nicht aus den Augen verloren werden. Ziel muss sein, die Landwirtschaft in einem offenen Binnenmarkt zu stärken, dafür zu sorgen, dass die Landwirte ihr Einkommen durch den Verkauf qualitativ hochwertiger Produkte erwirtschaften, ihre Leistungen für die Allgemeinheit anzuerkennen und sie noch wettbewerbsfähiger und umweltfreundlicher zu machen.

Man muss die Europäische Agrarpolitik auch vor dem Hintergrund des Bevölkerungswachstums im weltweiten Kontext sehen. NRW liegt in einer klimatisch begünstigten Zone dieser Erde. Daher muss die heimische Landwirtschaft auch einen Beitrag zur Ernährung der Bevölkerung NRWs, Deutschlands und weltweit leisten.

Vor diesem Hintergrund ist es daher sachgerecht, dass die EU-Agrarförderung mit einer klaren Zwei-Säulen-Struktur erhalten bleibt. Marktorientierung und Entkoppelung der Agrarstützung von der Produktion müssen europaweit durchgesetzt werden.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Schluss.

Margret Vosseler (CDU): Durch eine konsequente Entkoppelung mit dem Übergang zu einer Flächenprämie, wie Deutschland sie bereits vollzogen hat, werden die extensiv bewirtschafteten Regionen und vor allem die Grünlandgebiete gestärkt. Die EU-Agrarpolitik muss schließlich einfacher und unbürokratischer werden. Wenn wir diese Erfordernisse berücksichtigen, bedeutet dies für die zukünftige Agrarpolitik grünes Wachstum.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Sie müssen jetzt wirklich zum Schluss kommen.

Margret Vosseler (CDU): Ich hoffe, Sie haben alles verstanden, obwohl ich so schnell sein musste. – Danke schön.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Für die Fraktion der SPD spricht jetzt Herr Sundermann.

Frank Sundermann (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich werde mich relativ kurz fassen. Ich glaube, ich hätte Frau Vosseler noch zwei oder drei Minuten Redezeit abgeben können.

Ich fange mit dem an, was hier konsensual ist. Ich denke, das ist die Auffassung, dass wir das hier zukünftig unbürokratischer ablaufen lassen wollen: Die Landwirte und auch die anderen Empfänger sollen ihr Geld von der EU zukünftig unbürokratischer bekommen. Darin sind wir uns relativ schnell einig.

Uns geht es an dieser Stelle um Folgendes: Wir reden hier auch über Direktzahlungen. Direktzahlungen setzen aus unserer Sicht die Akzeptanz in der Bevölkerung voraus, dass öffentliches Geld auch für öffentliche Güter angewandt wird. Wir sagen, dass die öffentlichen Güter höher bewertet werden müssen, als es heute der Status quo ist.

Jetzt komme ich vom Konsens relativ schnell zum Dissens. Sie haben in Ihren Ausführungen deutlich gemacht, das, was heute getan wird, also der Status quo, rechtfertigt auch in der öffentlichen Meinung die Zahlungen, die über die Mittel für die erste Säule an die Landwirte kommen.

Wir sagen, das ist nicht so. Wir sagen, mit den Mitteln aus der ersten Säule muss gegrünt werden. Auch in der ersten Säule müssen entsprechende Maßnahmen hinterlegt werden. Auf Anfrage eines der Kollegen im Ausschuss – ich glaube, Herr Abruszat war es – hat der Herr Minister in seinem Schreiben vom 30. Mai die Anforderungen an die Ökologisierung der GAP relativ deutlich ausgeführt. Darauf möchte ich verweisen. Zu fortgeschrittener Stunde möchte ich sie hier nicht wiederholen; sie sind im Prinzip bekannt.

Wir sind der Meinung, dass nur das für eine langfristige Akzeptanz der Direktzahlungen sorgen wird, und nur durch eine Akzeptanz werden wir gewährleisten, dass die Zahlungen der EU an die Landwirtschaft weiterhin in dieser Höhe erfolgen. Deswegen müssen wir diese ökologischen Maßnahmen zusätzlich einführen. – Vielen Dank. –

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Sundermann. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Herr Rüße.

Norwich Rüße (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Über diesen Antrag haben wir vor ungefähr zehn Wochen im Ausschuss beraten. Ich habe Ihnen schon damals gesagt, dass es manchmal Anträge gibt, die umso schlechter werden, je älter sie werden. Das trifft auf diesen Antrag leider zu.

Der Antrag ist von der agrarpolitischen Debatte, die wir hatten und die in den letzten zehn Wochen auch fortgeführt worden ist, längst überholt worden. Am Ende bleibt von Ihrem Antrag im Prinzip nur ein trauriges Dokument. Er dokumentiert eine Position, die im Gestern verharrt und die in Bezug auf die Debatte über die GAP 2013 in einer Sackgasse steckt. Ich sage ausdrücklich: Ich bin froh, dass NRW nicht mehr eine solche Position vertritt, sondern dass sich der Landwirtschaftsminister von Anfang an so in die Diskussion eingeklinkt hat, dass er sie nach vorne gerichtet und nicht rückwärtsgerichtet, wie Sie es tun, geführt hat.

In Ihrem Antrag fordern Sie im Prinzip, dass es die EU-Fördergelder einfach weiter wie bisher gibt. Aus Ihrer Sicht ist mit der Landwirtschaft alles in Ordnung. Es gibt keine Missstände und keine Mängel. Nur: Das glaubt Ihnen im Land und auch in Europa einfach niemand mehr. Die Bürgerinnen und Bürger wollen eine Landwirtschaft, bei der die Landwirte im Einklang mit der Natur wirtschaften und die vielfältige Kulturlandschaften erhält.

Dazu will ich einen Satz sagen, weil Sie eben erklärt haben, all das sei kein Problem, die Landwirtschaft erhalte die vielfältigen Kulturlandschaften. Wenn im Regierungsbezirk Münster mittlerweile – im Jahr 2011 – über 50 % der Ackerfläche mit Mais bebaut werden, ist das keine vielfältige Kulturlandschaft mehr. Das nähert sich sehr wohl Monokulturen an, und das wollen die Bürgerinnen und Bürger nicht. Sie können sich mit den Leuten vor Ort unterhalten: Sie werden feststellen, dass das abgelehnt wird.

Sie wollen eine Landwirtschaft, in deren Rahmen man artgerecht mit den Tieren umgeht und sie eben nicht in Großmastanlagen hält. Sie wollen eine Landwirtschaft, in der viele Betriebe ihren Platz haben.

Aktuell erleben die Menschen aber eine Landwirtschaft, die sich haargenau entgegengesetzt entwickelt. Während früher die agrarpolitische Debatte immer ein bisschen im Abseits unter Fachleuten verlief, ist das heute anders: Die Menschen schauen, die Gesellschaft schaut in ihrer Gesamtheit genau hin, und sie will von uns Agrarpolitikern auch wissen, wie wir gedenken, mit den europäischen Milliarden eine positive Entwicklung der Landwirtschaft nach vorne zu treiben.

Für uns heißt das, dass wir Ihre gute Überschrift, die Sie über Ihren Antrag gesetzt haben, „Landwirtschaft nachhaltig weiterentwickeln“, mit richtigen Inhalten füllen müssen. Füllen heißt für uns ganz klar: Greening, das heißt, wir brauchen verbindliche ökologische Komponenten, um zum Beispiel mehr als 50 % Maisanbau zu verhindern. Solche Monokulturen darf es nicht mehr geben.

Ich möchte auf einen einzigen Aspekt in Ihrem Antrag, über den ich mich massiv geärgert habe, etwas näher eingehen. Das ist die von Ihnen aufgeworfene Frage „globale Ernährung“. Sie sagen, dass angesichts des wachsenden Nahrungsmittelbedarfs in der Welt eine Extensivierung der falsche Weg sei. Sie behaupten, eine Extensivierung würde auf Kosten der Schwächsten in der Welt gehen. Dass Sie an der Stelle wirklich suggerieren – das tun Sie zusammen mit dem Bauernverband –, man könne den Hunger der Welt mit Schnitzeln aus dem Münsterland bekämpfen, ist ein Stück aus dem Tollhaus.

(Beifall von den GRÜNEN und der LINKEN –
Zuruf von Rainer Deppe [CDU])

Gerade die rücksichtslose Intensivierung, die wir in der Landwirtschaft erlebt haben, und der Fleischkonsum und die Fleischproduktion über jedes vernünftige Maß hinaus sind doch eine der wesentlichen Ursachen für den Hunger, Herr Deppe. Wenn Sie 30 Millionen ha Ackerland in Übersee besetzt mit Soja für unsere Schweine für richtig halten – ich weiß es nicht –, dann sollten Sie sich einmal Gedanken darüber machen.

Wir können auch einmal darüber diskutieren, dass wir im ersten Halbjahr 2010 über 600.000 t Hähnchenfleischreste – man könnte auch sagen: Geflügelabfälle – nach Westafrika exportiert haben.

(Beifall von der LINKEN)

Damit machen wir heimische Märkte kaputt, schaden der Landwirtschaft in diesen Ländern, und Sie sagen: Diese Politik ist richtig. Damit können wir den Hunger der Welt bekämpfen. – Da fasse ich mich an den Kopf; das verstehe ich nicht. Darüber sollte man noch einmal deutlich nachdenken.

Es ist perfide, wenn Sie behaupten, dass eine Extensivierung der europäischen Landwirtschaft quasi zum Hunger in der Welt führt. Genau andersherum ist es bislang der Fall.

Kurz zusammengefasst: Der Antrag, den Sie hier gestellt haben, ist aus unserer Sicht vollkommen abseits der aktuellen agrarpolitischen Debatte. Wir sind längst ein Stück weiter, als Sie es sind. Es wäre besser gewesen, dieser Antrag hätte das Licht der Welt nie erblickt. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Rüße. – Für die FDP spricht jetzt Herr Abruszat.

Kai Abruszat (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Debatte um die gemeinsame europäische Agrarpolitik ist kein Nebenschauplatz. Wichtig sind die anstehenden Entscheidungen nicht nur für die Akteure in der Agrar- und Ernährungswirtschaft, sondern auch für die Steuerzahler und für die Verbraucher. Ich finde, parteipolitische Egoismen sollten deshalb an der Stelle hintanstehen. Vielmehr muss die gemeinsame Agrarpolitik Garant dafür sein, dass Landwirtschaft und Erhalt der Umwelt Hand in Hand gehen.

Wir stehen zu einer unternehmerischen, marktwirtschaftlichen, innovativen und nachhaltigen Landwirtschaft im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Es ist richtig, wenn Landwirte ihr Geld am Markt erwirtschaften und nicht ihre Geschäftsmodelle an den Vorstellungen der Europäischen Kommission ausrichten.

(Beifall von Holger Ellerbrock [FDP])

Meine Damen und Herren, der Anteil des Einkommens, der am Markt erzielt wird, muss größer werden. Deshalb brauchen wir auch eine Marktorientierung in der Agrarpolitik. Deshalb muss die Landwirtschaft in Zukunft auch innovativ, modern und selbstbewusst sein und sich den Herausforderungen auf den Märkten stellen. Sie darf auch nicht langfristig am Tropf des Staates hängen.

Zentrales Element dieses Paradigmenwechsels hin zu mehr Marktwirtschaft ist die Entkoppelung von Produktion einerseits und Förderung andererseits. Dieser Kurs weg von einer einkommensorientierten Agrarpreispolitik hin zu einer stärker am Markt und am Wettbewerb orientierten Politik ist richtig und deshalb auch positiv zu sehen.

Unternehmerische Landwirte in Nordrhein-Westfalen stehen für höhere Erträge, für geringeren Flächenverbrauch, für bessere Qualität, für günstigere Preise, für mehr frische Ware und für höchste Hygienestandards. Einzelne Betriebsformen, meine Damen und Herren, dürfen nicht diskriminiert werden. Deshalb sind wir auch gegen die Begrenzung von Direktbeihilfen.

Für uns ist und bleibt die Stärkung der ersten Säule ein ganz zentraler Punkt in der Diskussion. Ja, die erste Säule hat Vorrang. Das entspricht auch der Interessenlage der deutschen Landwirtschaft, und es entspricht vor allem auch der Interessenlage der Bundesrepublik Deutschland als mit Abstand größtem Nettozahler.

Der Antrag der Union bietet die Möglichkeit, ein klares Bekenntnis für die landwirtschaftlichen Betriebe, für die familiengeführten Betriebe in Nordrhein-Westfalen abzugeben. Wir haben im Ausschuss intensiv diskutiert. Die Beratungen haben leider offenbart, dass die Koalitionsfraktionen im Ausschuss nicht gewillt waren, diesen Betrieben, wie von mir skizziert, eigentlich die notwendige Wertschätzung zuteilwerden zu lassen.

Es ist heute Morgen viel von Konsens in anderen Themenfeldern gesprochen worden. Ich glaube, es ist richtig und notwendig – die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen haben einen Anspruch darauf –, dann auch einmal die Unterschiede in anderen Themenfeldern deutlich werden zu lassen. Das ist hier ein solcher Unterschied. Den Dissens in der Frage, ob man ideologisch motiviert diese Politik betreibt oder an der Stelle pragmatisch orientiert im Interesse der bäuerlichen Selbstverwaltung, der bäuerlichen familiengeführten Betriebe, werden wir auch weiterhin mit Ihnen austragen, auch wenn das heute wahrscheinlich nicht zum Erfolg führt.

Herr Minister Remmel, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich denke, dass wir diese Themenstellungen an anderer Stelle mit Ihnen noch weiter disku-

tieren werden. Darauf können Sie sich verlassen. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Abzusatz. – Für die Fraktion Die Linke spricht Frau Akbayir.

Hamide Akbayir (LINKE): Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir alle kennen den Wert der Landwirtschaft für unser Land. Ohne gute Landwirtschaft haben wir alle nichts Gutes zu essen. Wir sprechen heute darüber, wie die gemeinsame Planung, die Förderpolitik für die Landwirtschaft aussehen soll.

Klar ist wohl, dass wir die Förderpolitik der Landwirtschaft auch über das Jahr 2013 hinaus brauchen werden – auch und gerade durch Europa und mit Mitteln aus dem europäischen Haushalt.

Die Frage ist aber, welche Landwirtschaft wir denn fördern wollen. Wir, die Linke, wollen eine Landwirtschaft, die gesunde Produkte aus gesunder Natur erzeugt, und zwar von Menschen, die gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen haben.

(Beifall von der LINKEN)

Das sind keine Phantastereien sondern das ist real möglich, sehr verehrte Damen und Herren. Das bedeutet für uns, dass wir landwirtschaftliche Betriebe fördern wollen, die in der Hand der Landwirte und nicht in der Hand von großen Kapitalgesellschaften sind.

(Beifall von der LINKEN)

Wir wollen – das ist ganz klar – die Landwirtschaft weiter unterstützen, denn flächendeckende gute Landbewirtschaftung ist nicht selbstverständlich. Die Kulturlandschaft zu erhalten ist eine wichtige Aufgabe, um die sich gerade die Bäuerinnen und Bauern in Nordrhein-Westfalen und in ganz Deutschland verdient machen. Dabei müssen wir sie weiter unterstützen.

Wir brauchen eine gute Landwirtschaft, um auch die ländlichen Räume lebenswert zu halten. Die Linke streitet weiterhin für jeden Euro für eine starke erste und zweite Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik GAP. Denn das Geld für die sozial-ökologischen Leistungen der europäischen Landwirtschaftsbetriebe wird dringend gebraucht. Die Direktzahlungen sind ein wichtiges Element der landwirtschaftlichen Einkommenssicherung. Selbst in Nordrhein-Westfalen decken die Fördermittel bis zu 40 % der meist eher geringen landwirtschaftlichen Einkommen. Deshalb müssen sie aus Sicht der Fraktion Die Linke beibehalten, aber auch noch zielgerichteter an soziale und ökologische Leistungen der Betriebe gebunden werden.

Die Kopplung der Direktzahlungen an sozial-ökologische Kriterien muss so ausgestattet werden, dass ortsansässige Betriebe gestärkt werden, um gegen Boden- und Nahrungsspekulanten und landwirtschaftsfremdes Kapital zu bestehen.

(Beifall von der LINKEN)

Damit soll auch das spekulative Interesse nicht-landwirtschaftlicher Finanzinvestitionen an landwirtschaftlichen Betrieben und ihren Äckern zurückgedrängt werden.

Bei dem finanziellen Volumen der ersten Säule – das sind Direktzahlungen von 281,8 Milliarden € – gehen wir davon aus, dass die aktuelle Höhe von 330 Milliarden € möglichst beibehalten werden soll.

Die von Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU, so gescholtenen Vorrangflächen – bis zu 10 % der Betriebsflächen – werden von uns unterstützt. Die Linke fordert ausdrücklich den Ausbau des Ökolandbaus und die Orientierung der konventionellen Landwirtschaft auf umweltfreundlichere Produktionsformen.

Ab 2013 muss der Grundsatz gelten, dass öffentliche Gelder nur noch für konkret nachweisbare öffentliche Leistungen fließen sollen. Wer keine sozialen und ökologischen Leistungen erbringt, darf auch nicht weiter mit europäischen Mitteln rechnen.

Der hier vorliegende Antrag trägt dazu in keiner Weise bei. Ganz im Gegenteil: Sie, meine Damen und Herren von der CDU, wollen offenbar, dass alles so bleibt, wie es ist. Daher lehnen wir Ihren Antrag ab. Die Linke streitet weiterhin für eine soziale und ökologische Landwirtschaft. – Danke schön.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Frau Akbayir. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Remmel.

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich ausgesprochen über den Titel des zur Debatte stehenden Antrages: „Landwirtschaft nachhaltig weiterentwickeln – aktiv für Nordrhein-Westfalen an Europäischer Agrarpolitik mitwirken“. Das genau tut die Landesregierung. Wir sind bereits aktiv geworden, und ich glaube, wir waren auch erfolgreich. Das war es dann aber auch mit dem Antrag.

Leider ist die Zeit nicht nur über ihn hinweggegangen – im Dezember gestellt, heute beraten. Zwischenzeitlich hatten wir die Diskussion im Europäischen Parlament. Der Health-Bericht ist mit vielen Änderungen beschlossen worden. Dazu ist heute überhaupt nicht Stellung genommen worden.

Wir müssen uns mit etwas ganz anderem beschäftigen, Frau Vosseler. Bitte nehmen Sie es nicht persönlich, aber ich habe den Eindruck, dass Sie und die CDU hier in Nordrhein-Westfalen den Knall noch nicht gehört haben, um es ganz deutlich zu sagen.

Wenn man genau hinhört, was Herr Abruzsat mit wohlfeilen Worten hier erzählt hat, eine stärkere Marktorientierung, eine Orientierung am Wettbewerb, dann drückt sich das in den Zahlen aus, die Herr Barroso vorgelegt hat, um das einmal klar zu sagen, was das bedeutet. Damit müssen wir uns auseinandersetzen.

Herr Barroso hat den mittelfristigen Finanzrahmen für die Europäische Kommission vorgestellt. Der mehrjährige Finanzrahmen sieht für die erste Säule in Preisen von 2011, also unter Berücksichtigung der Inflation, eine Kürzung um 12 % von 43 Milliarden € im Jahr 2013 auf 38 Milliarden € im Jahre 2020. Bei der zweiten Säule der Ausgaben für die Entwicklung des ländlichen Raumes soll um 13 % gekürzt werden, von 13,89 Milliarden € im Jahre 2013 auf 12 Milliarden € im Jahr 2020. Damit müssen wir uns beschäftigen.

Hier sind Leute massiv in der Europäischen Union unterwegs. Frau Merkel hat bereits die deutschen Bauern verkauft. Hier soll bei der ersten und zweiten Säule gekürzt werden. Die ländliche Entwicklung in Nordrhein-Westfalen, die Familienbetriebe und die Landwirtschaft stehen zur Disposition. Damit müssen wir uns beschäftigen. Deshalb ist es so wichtig, dass wir hier eine gemeinsame Position entwickeln, um angesichts der Entwicklungen, die weltweit auf uns zukommen, deutlich zu machen, dass es darum geht, unsere heimische Landwirtschaft zu stärken.

Aus diesem Grunde brauchen wir einen entsprechenden Finanzrahmen. Daher müssen wir ihn auch begründen, und deshalb ist es so wichtig, in den Mittelpunkt der Debatte den Grundsatz „Öffentliches Geld für öffentliche Güter“ zu stellen, weil wir es nur so auch den Menschen verkaufen können. Nur so können Menschen verstehen, warum wir europäische Gelder, warum wir Steuergelder für die Landwirtschaft zur Erhaltung unserer ländlichen Räume brauchen, unserer ländlichen Strukturen, der Arbeitsplätze der Familien, die wir in diesem Lande haben.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Deshalb ist es so notwendig, dass wir hier auch eine gemeinsame Position in Deutschland entwickeln, dass wir uns nicht darauf ausruhen, was wir möglicherweise schon erreicht haben. Es geht vielmehr darum, dass wir nach vorne schauen, was zur Debatte ansteht.

Es steht überhaupt nicht mehr infrage, dass es zu einem Greening der ersten Säule kommen wird. Das Ob ist gesetzt. Wir müssen über das Wie reden. Deshalb ist es so notwendig, sich auf den ver-

schiedensten Ebenen zu verständigen. Da ist die Landesregierung in der Tat unterwegs. Wenn man die Beschlüsse der Agrarministerkonferenz verfolgt, dann wird deutlich, dass wir mit dem Regierungswechsel hier in Nordrhein-Westfalen deutliche Akzente gesetzt haben. Am 1. April in Jena sind die Forderungen Nordrhein-Westfalens auch in die Beschlüsse eingeflossen. Wir wollen die Direktzahlungen für Landwirte stärker an Klima-, Umwelt-, Natur- und Tierschutzbelangen orientieren. Das ist das, was die Menschen verstehen. Da werden wir auch unsere Zukunft sehen, auch für die Strukturen im ländlichen Raum.

Im Übrigen hat der Bundesrat – auch aufgrund unserer Initiative am 8. Juli. – die Wichtigkeit der Ausgestaltung einer effektiven Ökologisierungskomponente unterstützt und begrüßt. Auch das ist eine Entscheidung in die richtige Richtung. Aber es fehlt eine klare Orientierung der Bundesregierung. Deshalb ist es notwendig, dass wir aus Nordrhein-Westfalen, dass sich die Bundesländer entsprechend aufstellen, um in der Auseinandersetzung, die in den nächsten zwei Jahren zu führen ist, massiv auch die Interessen des ländlichen Raumes und der Landwirtschaft einzubringen. Diese Landesregierung jedenfalls wird das tun. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –
Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Minister.

Wir sind am Ende der Beratung und kommen zur Abstimmung. Der Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 15/2392**, den Antrag Drucksache 15/852 abzulehnen. Wer möchte dieser Empfehlung folgen? – Das sind die Fraktionen Die Linke, SPD, Bündnis 90/Die Grünen. Wer möchte dieser Empfehlung nicht folgen? – Das sind die Fraktionen der CDU und der FDP. Enthaltungen? – Wir haben jetzt nicht ausgezählt, aber ich denke, wir sind alle einig, dass diese Empfehlung mit deutlicher Mehrheit **angenommen** wurde und der Antrag damit abgelehnt ist.

Wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt

15 Novellierung der 17. BImSchV – Schadstoffbelastung durch Abfallmitverbrennung vermindern, Öko-Dumping verhindern

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/2358

Die Beratung eröffnet für die antragstellende Fraktion Herr Gatter.

Stephan Gatter (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Man kann zusammenfassen, worum es bei diesem Antrag geht. Es geht eigentlich um gleiches Recht und gleiche Umweltauswirkungen für alle Anlagen. Wir unterhalten uns über Müllverbrennungsanlagen und Müllmitverbrennungsanlagen. Dieses „mit“ wird leider immer etwas überlesen.

Das Umweltbundesamt hat festgestellt, dass Müllverbrennungsanlagen die Grenzwerte der 17. BImSchV deutlich unterschreiten. Das ist noch eine höfliche Untertreibung. Die Realität sieht völlig anders aus, und ich möchte sie Ihnen gerne einmal deutlich machen: In einer vor 18 Jahren geplanten und vor 16 Jahren ...

(Unruhe)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Entschuldigung, Herr Kollege. – Können wir vielleicht einmal klären, dass die Kolleginnen und Kollegen, die sich jetzt unterhalten möchten, das draußen tun oder jedenfalls so leise, dass der Kollege Gatter hier seinen Redebeitrag einigermaßen ordnungsgemäß

(Stephan Gatter [SPD]: Wird die Zeit angehalten?)

zumindest für die, die zuhören, anbringen kann.

Stephan Gatter (SPD): Ich rede auch weiter, wenn die Leute nicht zuhören. Die kennen mich schon.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Nicht so freundlich!

Stephan Gatter (SPD): Also, was heißt das nun konkret? – Bei einer vor 18 Jahren geplanten Müllverbrennungsanlage, mit deren Bau vor 16 Jahren begonnen wurde und die vor 14 Jahren in den Dauerbetrieb gegangen ist, muss man einmal sehen, was heute passiert: Bei Chlorwasserstoff wird der 17. BImSchV-Grenzwert um 99 % unterschritten, bei Kohlenmonoxid um 95 %, bei Schwefeldioxid um 99 %, bei Stickstoffdioxid um 78 %, bei Staub – sehr wichtig – um 97 %, bei Cadmium/Thallium um 99,6 %, bei Quecksilber um 96 % und bei Dioxinen und Furanen um 97 %. Das ist die Realität. Das ist nicht nur deutlich unterschritten, das ist eigentlich ein hervorragendes Einhalten der 17. BImSchV. Das gilt für Müllverbrennungsanlagen.

Bei Müllmitverbrennungsanlagen ist zu sehen, dass die zwar die 17. BImSchV einhalten, aber auf einem sehr hohen Niveau. Das heißt, sie bleiben knapp unter den Grenzwerten. Das ist noch erträglich, das ist ihr gesetzliches Recht. Aber dass in Müllmitverbrennungsanlagen wie beim Kraftwerk Ville-Berrenrath, das mit bis zu 50 % mit Hausmüll befeuert werden soll, jetzt Ausnahmen von der 17. BImSchV beantragt werden, und zwar Ausnahmen